

Nachrichten für Naumburg

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleiderberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standnisch, Throna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Befehlsanordnungen des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheinung wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.50 Mk., Post ohne Befehlsgeld monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gemalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vierterung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Wenn nur Barbestellungen gemeldet werden, gelten daher vom 2. Jan. 1928 an die folgenden Beitragssätze:



Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklametext (3sp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Zuschlag. Bei unvollständig geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Beruf: Amt Naumburg Nr. 2

Druck und Verlag: Gung & Co., Naumburg bei Leipzig, Markt 8

Nummer 8

Dienstag, den 17. Januar 1928

39. Jahrgang

Amthliches.

Bekanntmachung.

Invalidenversicherung.

Nach dem Reichsgesetz vom 8. April 1927 (RGBl. I S. 98) sind die Beiträge für Versicherte, die einen wöchentlichen Arbeitsverdienst von mehr als 36 RM. haben, vom 2. Januar 1928 an in der neuen Lohnklasse VII (bisher noch Lohnklasse VI) mit dem Wochenbeitrag von 2 RM zu entrichten.

Wenn nur Barbestellungen gemeldet werden, gelten daher vom 2. Jan. 1928 an die folgenden Beitragssätze:

Lohnklasse	von mehr als	bis zu	Wochenbeitrag
I		6 RM	30 Pfg.
II	6 RM	12	60
III	12	18	90
IV	18	24	120
V	24	30	150
VI	30	36	180
VII	36		200

*Für Versicherte mit nicht mehr als 6 RM Wochenverdienst trägt der Arbeitgeber den vollen Betrag. Freiwillig Versicherte haben ihre Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der Lohnklasse II zu entrichten. Marken I. Lohnklasse sind für sie unwirksam.

Wenn Bar- und Sachbezüge gemeldet werden, gelten vom 2. Jan. 1928 an unter Berücksichtigung der Berücksichtigung des Wertes der Sachbezüge die folgenden Beitragssätze:

Es gehören	bei einem Barlohn bis zu monatlich	und freier Zeit Wohnung, Feuer, Beleuchtung in beiderlei Angelegenheiten	in Lohnklasse	mit einem Wochenbeitrag von
1. Versicherte bis zu 16 Jahren, weiblich, Haus- und Wirtschaftsgeldbesitzerinnen (Widwe, Witwen, einmündige in Privat, Stöcker, Adhinnen usw.), Aufwärtinnen, Beihilfende.	RM 20.— 4.61	RM 32.— 7.38	II	60
	46.— 10.61	32.— 7.38	III	90
	72.— 16.61	32.— 7.38	IV	120
	98.— 22.61	32.— 7.38	V	150
	124.— 28.61	32.— 7.38	VI	180
	124.— 28.61	32.— 7.38	VII	200
2. das übrige weibliche u. männliche Personal (Mädchen in Haushaltungen, Schwestern, Stöckerinnen, Sanatorien, Pensionisten, Anwärter, Aufwärtinnen, Kraftwagenführer usw.)	4.— 0.92	48.— 11.07	II	60
	30.— 6.92	48.— 11.07	III	90
	56.— 12.92	48.— 11.07	IV	120
	82.— 18.92	48.— 11.07	V	150
	108.— 24.92	48.— 11.07	VI	180
	108.— 24.92	48.— 11.07	VII	200

Dresden, 5. 1. 28

Der Vorstand

der Landesversicherungsanstalt Sachsen.

Ruhholzversteigerung.

Naumburger Staatsforstrevier (Hauptrevier u. Planiwald.)

Donnerstag, den 19. Januar 1928, im Ratskeller zu Naumburg vorm. 9 Uhr:

89 fl. Stämme 13,26 cm — 26 fm; 5842 fl. Höhe 7/31 cm — 272 fm; 299 kl. dergl. 10,32 cm — 34 fm; 400 fl. Baumstäbe 5/8 cm 3 m lang. Abl. 10, 23, 24, 33 und 42 des Hauptreviers, 63, 66 und 72 des Planiwaldes. Verkaufsbetrag 158 fm fl. Ruhholz vom Landesforstrevier Oberpfalz.

vorm. 10 Uhr:

1355 eich. und eich. Höhe 9/49 cm — 100 fm. Abl. 33 und 34 des Naumburger Hauptreviers. Das unterzeichnete Forstamt und Revierförster laden in der Forsthaus Vorderplanitz bei Wurzen erlenen über die Holzartere Auskunst. Ruhholzaussätze unentgeltlich — auch für Oberholz — durch das Forstamt Naumburg (Bez. Leipzig) — Fernsprecher 42 Amt Naumburg. Vorherige Besichtigung der Holzart wird empfohlen.

Forstamt Naumburg.

Forstasse Grimma.

Drohender Streik in Mitteldeutschland.

50 000 Arbeiter vor dem Ausstand.

Der Schiedsspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie scheint einen großen Streik zur Folge zu haben. Eine in Halle tagende Konferenz der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärte den Schiedsspruch für unannehmbar, ebenso der Hauptvorstand des Verbandes. Das Tarifgebiet umfasst die Bezirke Magdeburg, Halle und Anhalt. Etwa 50 000 Arbeiter sind in den in Frage kommenden Fabriken beschäftigt.

In der Magdeburger Metallindustrie wird zurzeit noch nicht gestreikt. Es findet jedoch in den dortigen Betrieben eine Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs statt. Man rechnet mit dem Ausbruch des Streiks, da bereits verschiedene Betriebsräte erklärt haben, daß die Belegschaften die Werke verlassen würden. In Anhalt, so in Dessau, Bernburg und Stahlfurt, ruht in den meisten Betrieben der Metallindustrie die Arbeit. Der Reichsarbeitsminister hat die Parteien zu Verhandlungen in das Reichsarbeitsministerium geladen.

Der Kongreß der deutschen Länder

Einheitlicher Wille im Reiche.

Ministerberatungen in Berlin.

Montag früh gab es vor dem Reichstanzlerpalais in Berlin eine große Auffsahrt. Die große Länderkonferenz begann und die Vertreter der deutschen Länder waren erschienen, um mit den Mitgliedern der Reichsregierung zu beraten über zweckentsprechenden und zeitangemessenen Ausbau des Reiches im ganzen und im Verhältnis zu den einzelnen selbständigen Ländern. Die Tagung findet statt im historischen Saal der Reichstanzlei, in dem der Berliner Kongreß von 1878 stattgefunden hat.

Beim Eintritt in den Saal werden die Ländervertreter vom Reichstanzler Dr. Marx und den anwesenden Mitgliedern des Reichskabinetts begrüßt. Im Saal sind vier Langische aufgestellt, an denen die Vertreter der Länder Platz nehmen. Der Querschnitt an der Stirnseite ist für den vorstehenden Reichstanzler und die Mitglieder der Reichsregierung bestimmt. Das Beratungsmaterial liegt vor jedem Teilnehmer ausgebreitet.

Das Programm der Konferenz sieht bekanntlich folgende Punkte vor: Veränderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, Maßnahmen zur Bewahrung der finanziellen Wirtschaft und die Frage der Verwaltungsreformen im Reich und in den Ländern.

An der Beratung nehmen zusammen 106 Persönlichkeiten von der Reichsregierung und den Landesverwaltungen teil. Erschienen sind sämtliche Reichsminister außer dem erkrankten Außenminister Dr. Stresemann, Reichsfinanzminister Sämisch, die Staatssekretäre der Reichsministerien, Staatssekretär Dr. Meißner in Vertretung des Reichspräsidenten, die Minister des preussischen Kabinetts mit ihren Staatssekretären, die Ministerpräsidenten der übrigen 17 deutschen Länder mit ihren Innen- bzw. Finanzministern sowie die Bevollmächtigten der Länder im Reichsrat.

Begrüßungsrede des Reichstanzlers.

Dr. Marx hieß die Erschienenen willkommen, wies auf die historische Bedeutung des Verfassungsstaates hin, in dem 1878 der Berliner Kongreß und im November 1918 die bedeutende Aussprache mit den Vertretern der einzelnen Freistaaten unter dem Vorsitz des damaligen Reichspräsidenten und späteren Reichspräsidenten Ebert stattfand. Er skizzierte dann kurz die Aufgaben der Länderkonferenz, wobei er besonders hervorhob, daß jede Neuordnung in der Verfassung zwischen Reich und Ländern auf der Grundlage vollkommener gegenseitiger Loyalität erfolgen müsse. Es werde sich ferner vor allem darum handeln müssen, einzelnen Ländern durch Übernahme gewisser Verwaltungszweige auf das Reich zu helfen, ferner die Beseitigung der Enklaven und Exklaven mit möglicher Befreiung zu betreiben und im Reich und in den Ländern auf dem Wege umfassender Verwaltungsmaßnahmen wesentliche Ersparnisse zu erzielen. Die Reichsregierung erwartet von den Beratungen ein ergiebiges Resultat und von der Aussprache eine Vertiefung und Stärkung des Bewusstseins, daß die Einheit der Nation und des Reiches unser wertvollstes und bestes Gut sei, das dem deutschen Volke aus den Stürmen der Krieges- und Nachkriegszeit geblieben sei.

Nach geschäftsordnungsmäßigen Mitteilungen begannen zu der Frage der verfassungsrechtlichen Beziehungen zwischen Reich und Ländern die Referate und Korreferate. Als Redner sind hierzu vorgesehen: als Referenten der Präsident des Hamburger Senats Bürgermeister Dr. Petersen und der württembergische Staatspräsident Dr. Bazzille und als Korreferenten der bayerische Ministerpräsident Dr. Held und der preussische Ministerpräsident Dr. h. e. Brauns. Als erster Redner nimmt das Wort der Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen.

Sachverständigenausschuß vorgeschlagen.

Plan Dr. Petersens.

Der Hamburger Senatspräsident sprach etwa zwei Stunden lang und kam schließlich zu dem Vorschlag, einen Sachverständigenausschuß einzusetzen, der die bisher vorliegenden Entwürfe für die Umgestaltung des Reiches durcharbeiten, eigene Vorschläge machen und sie der weiteren Beschlussfassung der zuständigen Stellen zur Verfügung stellen soll.

Dieser Ausschuß soll zusammengesetzt sein aus Politikern, Verwaltungspraktikern, Staats- und Verwaltungsrechtlern, Vertretern der Wirtschaft einsch. der Arbeitnehmerorganisationen. Den Vorsitz soll ein Vertrauensmann der Reichsregierung und der Länderregierungen führen. Die Länderkonferenz soll die Fragen formulieren, die dem Ausschuß vorzulegen wären, und seine Arbeitsgebiete genau abgrenzen.

Nach den Darlegungen des Referenten besteht zwar keine Abereinstimmung, doch fehlen alle Anregungen sich in folgenden grundsätzlichen Punkten einig: 1. Durchführung des demokratischen Prinzips der Reichsverfassung auch bei der Einwirkung der Länder auf die Willensbildung des Reiches. 2. Stärkung der Reichsgewalt. 3. Vereinheitlichung der politischen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament und damit Vermehrung der Stetigkeit in der Verwaltung des Reiches. 4. Aufbau

icoendiger unterer und mittlerer Selbstverwaltungsbezirke und Verfürgung des Instanzenweges zur Zentralregierung. 5. Neugliederung des Reiches in Gebirge, die kulturell und wirtschaftspolitisch lebensfähig sind und im Rahmen des Reiches ein Eigenleben führen.

Ob alle diese Wege gangbar seien, erscheine schon fraglich mit Rücksicht auf die Außenpolitik und die Verschuldung des Reiches. Dr. Petersen ging die Einzelheiten der vorliegenden Vorschläge durch und besprach insbesondere den Plan der Bildung freier Reichsländer mit eigenem Landtag und eigenem Landespräsidenten. Er erklärte, daß ihm dieser Vorschlag ganz unendlich erscheine, weil seine Voraussetzung die Aufstellung Preußens sei. Dieses müsse aber erhalten bleiben bis zum Aufgehen in einem einheitlichen Reiche.

Die Berliner Konferenz.

Beabsichtigt die große Ministerkonferenz, die in Berlin zusammengetreten ist und die die Vertreter aller Länder mit dem Reichsministerium zusammengebracht hat, wirklich eine grundlegende Änderung der Reichsverfassung — wobei man die „Verfassung“ nicht etwa bloß so zu verstehen hat, daß damit die Weimarer Verfassung gemeint ist, sondern der gesamte staatsrechtliche Zustand, vor allem also das Verhältnis des Reiches zu den Ländern? Man wird diese Frage verneinen müssen, wenn auch auf der Tagesordnung als erster Punkt gerade die Beratung jenes Verhältnisses stand. Der entscheidende Gesichtspunkt bei diesen Beratungen ist vielmehr der finanzielle, also die Herbeiführung weitgehender Ersparnisse in der Verwaltung. Das kam besonders eindringlich im zweiten Punkt der Tagesordnung: Grundsätze einer sparsamen Finanzpolitik, zum Ausdruck, ging aber auch aus dem dritten: Technische Verwaltungsreform im Reich und in den Ländern, hervor; denn auch diese hatten das Ziel der Einsparung unndtiger Ausgaben. Die Reichsregierung wollte denn auch nach den Referaten zwei eingehende Vorschläge praktischer Art zur Erörterung stellen, diese aber in ihren wesentlichen Punkten, kurz gesagt, nur auf technische Fragen des internen Verwaltungsapparates beziehen.

Gerade um diese Konferenz aus dem Rahmen einer bloßen Besprechung herauszuheben, um aus ihr nun praktische Folgerungen ziehen zu können, hat man die Frage des Austausches der Enklaven mit auf die Tagesordnung gestellt; seitdem diese ganzen Dinge in der breiteren Öffentlichkeit diskutiert wurden, hat man nämlich gerade die Frage der Enklavenbeseitigung in den Vordergrund geschoben. Freilich aus politischen Gründen und — weil sie besonders drastisch wirken. Aber wie man sich zur Frage des Einheitsstaates stellen mag — daß die 128 Enklaven, die wir in Deutschland haben und die manchmal nur einige Quadratmeter umfassen, nur große Kosten verursachen und daher vollständig überflüssig sind, wird niemand bestreiten. Freilich braucht man unter „Enklaven“ nicht etwa gleich beispielsweise die Pfalz zu betrachten, nur deswegen, weil sie nicht in unmittelbarer Verbindung mit Bayern rechts des Rheins“ steht. Das gleiche gilt von den Abständen, die kleinen mitteldeutschen Länder Schaumburg-Lippe, Waldeck und Nibalt an Preußen anzugliedern. Formal-juristisch mögen hier in den Bestimmungen der Weimarer Verfassung gewisse Hindernisse bestehen; aber das ist nicht das Entscheidende für die Beratungen der Konferenz. Das könnte nur größere Bedeutung dann gewinnen, wenn etwa doch dadurch das Problem eines „Reichslandes Preußen“ ins Rollen gebracht werden würde. Es ist bekannt, daß es hierüber in der Öffentlichkeit gleichfalls schon zu ausgiebigen Debatten gekommen ist, aber wenn sie in der Konferenz ihren Widerhall finden würden, dann würde die politisch-staatsrechtliche Seite des Problems „Einheitsstaat“ angeschnitten werden. Und gerade das will man offenbar vermeiden, weil die Debatten dann verunmüht uselos werden würden, und zwar sicherlich auf Kosten praktischer Resultate. Die große Öffentlichkeit, namentlich die deutsche Wirtschaft drängt aber darauf, daß bei der Konferenz wirklich etwas mehr herauskommt als nur langatmige Protokolle über mehr oder weniger gute Reden.

Man wird also nicht damit zu rechnen haben, daß eine Änderung der Reichsverfassung, namentlich des Artikels 18, durch diese Berliner Konferenz in Vorschlag gebracht werden wird, besonders, da auch Süddeutschland in den letzten Wochen sich mehr oder minder scharf gegen die Tendenzen zum Einheitsstaat ausgesprochen hat. Auffallend war es ja, daß noch am vergangenen Sonntagabend in München ein Aufruf erschien, den eine große Anzahl führender Persönlichkeiten Bayerns aus allen Kreisen des wirtschaftlichen und des geistigen Lebens unterzeichnet hatte und der mit großer Schärfe das Reich Bayerns auf sein eigenes kulturelles und wirtschaftliches Leben unterstrich. Das besagt natürlich noch längst nicht, daß man sich dort nun auch gegen die Absichten der Ministerkonferenz ausgesprochen hätte, in der das Thema: Ersparnisse in der Verwaltung, behandelt wird. Gerade Bayern wird ja darauf hinweisen können, daß es in den letzten Tagen bei sich zu Hause nach dieser Richtung hin schon energische Schritte getan hat. Man durfte daher der Konferenz den Wunsch mit auf den Weg geben: Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen.